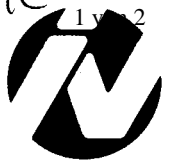


VEREINIGUNG  
ÖSTERREICHISCHER  
INDUSTRIELLER

An das  
Bundesministerium für  
Umwelt, Jugend und Familie

Mahlerstraße 6  
Postfach 10  
1015 W i e n

Datum: 14. OKT. 1987

Verteilt 14.10.1987 *Hilf*

*Dr. Flawac*

1987 10 09  
Dr. Br./Lc/96

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familien-  
lastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird;

Einleitung des Begutachtungsverfahrens - GZ 23 0102/3-II/3/8

Wir danken für die Übermittlung des obigen Entwurfes und  
erlauben uns, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Für uns wichtigster Inhalt des Entwurfes ist die Beschränkung der Gewährung der Familienbeihilfe mit dem 25. Lebensjahr. Wir sehen uns veranlaßt, gegen diese Regelung erhebliche Bedenken vorzubringen. Wenngleich wir volles Verständnis dafür haben, daß die derzeit gegebene Möglichkeit, sich beim Studium übermäßig Zeit zu lassen bzw. sogar vorwiegend zum Zweck der Erlangung von Familienbeihilfen und anderen Vergünstigungen ein Studium zu beginnen, eingeschränkt werden soll, müssen wir doch darauf aufmerksam machen, daß es eine Zahl von Studien gibt, die selbst von fleißigen und sorgfältigen Studenten bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres nicht abgeschlossen werden können. Dabei sind gerade jene Studienzweige betroffen, deren Absolventen von der österreichischen Wirtschaft besonders benötigt werden, etwa Absolventen technischer Studienrichtungen, die in aller Regel nach einer HTL-Matura und Ableistung des Präsenzdienstes ihr Studium erst etwa mit 20 Jahren beginnen können und durchschnittlich etwa 7 Jahre dafür brauchen.


- 2 -

Wir regen daher nachdrücklich an, statt der vorgesehenen fixen Altersgrenzen auf die zu einem ordnungsgemäßen Studienabschluß erforderliche Zeit abzustellen, wie es in ähnlicher Form etwa in der bisherigen Fassung des § 227 Z.1 ASVG oder in § 3 Abs.2 Z.2 Urlaubsgesetz vorgesehen ist. Unseres Erachtens wäre außerdem bei männlichen Studenten der Präsenzdienst zu berücksichtigen.


Gegen die anderen Bestimmungen des Entwurfes erheben wir keine Einwendungen, da wir die notwendige Priorität der Konsolidierung des Staatshaushaltes anerkennen und unterstützen.

Wunschgemäß übermitteln wir 25 Exemplare dieses Schreibens dem Präsidium des Nationalrates

VEREINIGUNG OESTERREICHISCHER INDUSTRIELLER



Dr. Stummvoll



Dr. Brauner